Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 71 (1979)

Heft: 4

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Arbeitsplätze durch Rüstungsexporte?

In den Jahren der Hochkonjunktur fanden die Gegner des Waffengeschäftes eher Gehör, denn eines der häufigsten Argumente der Waffenhändler stand auf wackligen Beinen. So entschuldigten sie ihre Waffenlieferungen an die Staaten der Dritten Welt mit deren akuten Bedrohung durch den Kommunismus. Heute ist die Rechtfertigung für das tödliche Geschäft bedeutend leichter. Es wird sozial- und wirtschaftspolitisch argumentiert. Besonders die Behauptung, dass die Waffenexporte Arbeitsplätze sichern, findet gute Aufnahme. Angesichts der Arbeitslosigkeit erscheint vielen die Gefahr einer durch Waffenexporte vorangetriebenen weltweiten Aufrüstung das geringere Übel.

Mit diesem Problemkreis setzt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt in der Februarnummer der *«Frankfurter Hefte»* auseinander. Aus seiner Palette von Gegenargumenten seien hier einige stichwortartig wiedergegeben: Die Waffenindustrie ist mehr als andere Branchen ausserordentlich grossen Schwankungen ausgesetzt. Waffenexporte erfordern vom Staat Bürgschaften, Vorfinanzierungen und Subventionen, weil die Zahlungsfähigkeit vieler Kunden keineswegs gesichert ist. Dies bedeutet wiederum, dass die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Waffenbranche für den Staat ausserordentlich teuer ist. Der Waffenexport kann die Absatzmärkte für lebenserhaltende Produkte in den Entwicklungsländern verstopfen, da die Finanzmittel dieser Staaten sehr beschränkt sind.

Im zweiten Teil seines Beitrages gibt Voigt seinen Lesern anhand von reichem Zahlenmaterial Einblick in die Welt der Rüstungsexporteure. Es sind dies in erster Linie die sechs Länder mit den grössten Militärbudgets: USA, UdSSR, Volksrepublik China, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und England. Auf sie entfallen 90 Prozent des gesamten Rüstungsexportes. Erschreckend sind auch die Zahlen betreffend der Steigerung der Exporte in den letzten Jahren. So stiegen zum Beispiel die Exporte der BRD von der Periode 1971 bis 1973 bis zu derjenigen von 1974 bis 1976 um 450 Prozent und jene von Italien um 290 Prozent. Der Anteil der Dritten Welt an den Weltrüstungsausgaben stieg von 15 Prozent im Jahre 1967 auf 25 Prozent im Jahre 1976.

Gewerkschafter in Tunesiens Gefängnissen

Das offizielle Organ des Bundes freier Gewerkschaften, *«Freie Gewerkschaftswelt»* (Brüssel), berichtet in der Nummer 341/342 über eine Reihe von Prozessen gegen Gewerkschafter in Tunesien, die von der schweizerischen Öffentlichkeit leider nur beschränkt zur Kenntnis genommen wurden. Ausgangspunkt für diese Prozesse war die Ausrufung des Generalstreiks vom 26. Januar vergangenen Jahres in Tunesien. Dieser Streik, bei dem es um rein gewerkschaftliche Forderungen ging, wurde von der Regierung als Umsturzversuch ausgelegt. Der Staatsanwalt sprach von einem gut koordinierten Plan, «Anarchie zu säen» und die tunesische Wirtschaft «in den Zusammenbruch zu treiben». Er bezeichnete den Generalstreik als Signal für den bewaffneten Aufstand. Tatsächlich gibt es aber nicht den geringsten Beweis für diese Anklagen. Die als Beweisführung vorgelegten «Waffen», wie zerbrochene Stühle, Holzstöcke, Schweppes-Flaschen (angeblich für Molotow-Cocktails) usw., dürften für den objektiven Beobachter eher kontraproduktiv sein. Das gleiche gilt für die Gerichtsverhandlungen. Den Angeschuldigten konnte im Sinne der Anklage nichts bewiesen werden, gewisse Geständnisse von Gewerkschaftsfunktionären wurden widerrufen, da sie unter Folter erpresst worden waren. Der Forderung, mit den Zeugen konfrontiert zu werden, wurde nicht stattgegeben. Den Anwälten wurde nicht oder zu spät Einblick in die Akten gewährt und so weiter. Dessenungeachtet verurteilte am 10. Oktober das tunesische Gericht für Staatssicherheit 15 hohe Gewerkschaftsfunktionäre zu 5 bis 10 Jahren Zwangsarbeit.

Die Höchststrafe von zehn Jahren erhielt der Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident des IBFG, der 66jährige Habib Achour. Neben diesem Hauptprozess fanden noch verschiedene kleinere Prozesse gegen Gewerkschaftsfunktionäre statt, die auch mit mehrjährigen Strafen endeten.

Gegenargumente zur «Frauenquote»

In der SPD wird zurzeit um die Festlegung einer «Frauenquote» diskutiert, das heisst um die Festlegung eines zahlenmässigen Kontingents von 25 Prozent Frauen für politische Wahlämter. Obwohl vieles für eine solche Schützenhilfe für die Frau spricht, sind nach Meinung von Irm Scheer-Pontenagel (*Die Neue Gesellschaft,* Nummer 2) den Gegenargumenten mehr Beachtung zu schenken. Nach der Aufzählung von verschiedenen Gründen, die gegen eine solche Massnahme sprechen, zieht die Autorin eine Schlussfolgerung, die auch auf die Frauen in der SPS anwendbar ist: «Für uns gilt, dass wir unser Gewicht innerhalb der Partei nicht nur dafür einsetzen, dass mehr Frauen gewählt werden, sondern dass nur noch solche Männer von uns unterstützt werden, die bereit sind, die politischen Ziele der Frauen aktiv mitzutragen.»

Hinweise

Nachdem der politische Aufbruch Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat, zeigen sich bei der jüngeren Generation starke Resignationserscheinungen, die ihren Ausdruck auch in der Flucht in die sogenannte Innerlichkeit finden. In einem lesenswerten Beitrag in der Februarnummer der *«Zukunft»* (Wien) setzt sich unter dem Haupttitel «Neuer Konservativismus» Lothar Müller mit dem Thema «Weltflucht kontra Sozialismus» auseinander. In konzentrierter Form äussert sich der Autor über die Tendenzen der immer mehr überhandnehmenden Sekten und Jugendreligionen. Ebenfalls auf grosses Interesse dürfte ein im gleichen Heft publizierter Beitrag des sowjetischen marxistischen Dissidenten Roy Medwedew stossen, der sich mit den positiven und negativen Werten des Dissidententums auseinandersetzt.
Die Januarnummer der in Köln erscheinenden *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* behandelt in mehreren fundierten Arbeiten das Thema «Konjunktur- und strukturpolitische Entwicklung 1978/79 – Gesamttendenzen und Einzelaspekte». Die Diskussion um die Berufsverbote in der BRD und Probleme der Frauenbewegung stehen im Zentrum der Januar/Februarnummer des Wiener *«Neuen Forums».*